

RECHTE VON TRANS MENSCHEN

„Ich dachte, das sei Konsens“

Tessie Jakobs

Diskussionsrunden über die Rechte von trans Menschen nutzen Politiker*innen gerne, um sich betroffen zu zeigen und um den heißen Brei herum zu reden. Eine rezente Veranstaltung von ITGL bildete da leider keine Ausnahme.

„Als Teenagerin hat meine damalige beste Freundin sich mir gegenüber als asexuell geoutet. Das war das erste Mal, dass ich mit dem Thema in Berührung gekommen bin.“ „Ehm unser Thema hat aber nix mit Sexualität zu tun.“ Der Anfang einer Diskussionsrunde, die am vergangenen Donnerstag im Rainbow Center stattfand, war unbestreitbar holprig. Die Organisation Intersex & Transgender Luxembourg (ITGL) hatte Vertreter*innen diverser Luxemburger Parteien eingeladen, um ihre Positionen bezüglich des Selbstbestimmungsrechts von trans und abinären Menschen zu präsentieren. Die Diskussionsrunde war Teil der jährlichen Veranstaltungsreihe „trans whatever“, die dieses Jahr vom 2. bis 16. Mai stattfand.

„Welche politischen Maßnahmen werden gebraucht, um die Situation von trans & abinären Personen in Luxemburg zu verbessern?“ – so der unmissverständliche Titel des Rundtischgesprächs. Scheinbar nicht unmissverständlich genug, wie am eben erwähnten Zitat von Claire Delcourt (LSAP) deutlich wird. Der Moderator, der Präsident von ITGL, Erik Schneider, wies die Oppositionsabgeordnete bestimmt, aber geduldig auf ihren Fehler hin. Es war nicht das letz-

te Mal, dass im Rahmen des Events das Thema verfehlt wurde.

Bevor es mit dem Rundtischgespräch losging, gaben eine Betroffene sowie eine Mutter eines Betroffenen in kurzen Stellungnahmen Einblick in ihr persönliches Erleben. Die 21-jährige Lena berichtete etwa von ihren Erfahrungen im Sportunterricht. Als sie zu Beginn der Pubertät mit ihrer Transition begonnen habe, habe sie in der Schule gute Erfahrungen gemacht. Der Sportlehrer habe sie gefragt, ob sie die Mädchenumkleide, die Jungenumkleide oder doch lieber eine für sich alleine benutzen wollte. Sie wählte letztere Option. Drei Jahre später, im Alter von 16 Jahren, wechselte Lena die Schule. Von unterstützenden Sportlehrer*innen war hier keine Spur mehr: Man zwang sie, die Jungenumkleide zu benutzen. „Diese Schulen sind zehn Minuten voneinander entfernt, wieso hat die eine nicht mit der anderen kommuniziert?“, fasste Lena ihren Frust zusammen.

„Wir hätten Sie nicht eingeladen, wenn die Situation nicht so schlimm wäre“, erklärte Schneider in seiner Einführungsrede. Als 2018 das Gesetz zur Namens- und Geschlechtsänderung im Personenregister (woxx 1424) gestimmt wurde, sei man optimistisch gestimmt gewesen. Es habe kein Zweifel daran bestanden, dass weitere längst fällige Maßnahmen bald folgen würden. Leider, so Schneider weiter, war dem aber nicht so. Stattdessen habe sich die Situation in vielen Bereichen sogar verschlechtert.

Am Ende der Einführung waren

die Themen, um die es in der nachfolgenden Diskussion gehen sollte, gesetzt. Zunächst einmal Konversionsmaßnahmen wie das Deadnaming, also die Verwendung des Namens, den eine Person nicht mehr für sich verwenden möchte; außerdem die anhaltende Lehre der Geschlechterbinarität im Biologieunterricht und die „Psychiatisierung gesunder Menschen“. Mit letzterer Formulierung bezog sich Schneider auf die Regelung, nach welcher Betroffene ein Jahr lang eine psychiatrische Behandlung in Anspruch nehmen müssen, bevor sie Anrecht auf eine Kostenrückerstattung ihrer geschlechtsangleichenden Operation haben.

Ein weiteres Thema der Diskussionsrunde war der Umgang mit abinären Menschen. Fragen Betroffene eine Hormontherapie an, müssen sie, erklärte Schneider, vorgeben, etwas zu sein, das sie nicht sind: Wurde ihnen bei der Geburt das weibliche Geschlecht zugeordnet, müssen sie sich als männlich ausgeben, oder umgekehrt. Nur: Abinär bedeutet gerade, dass man sich außerhalb dieser Binarität verortet – ein Szenario, das unser Gesundheitssystem zurzeit nicht berücksichtigt. Abinäre Menschen sind aber auch darüber hinaus unsichtbar, nämlich auf offiziellen Dokumenten. Neben weiblich und männlich besteht nach wie vor keine dritte Option bei der Geschlechtsangabe. „Ich habe keine Ahnung, warum die nicht in der letzten Legislaturperiode durchgegangen ist. Ich dachte, das sei Konsens“, ärgerte sich Schneider am Donnerstag.

Der Themensetzung zum Trotz setzten auch manche der Parteivertreter*innen auf persönliche Anekdoten. Claire Delcourt erzählte von ihrer asexuellen Freundin, Joëlle Welfring vom vorbildlichen Diversitätskonzept der Schule ihrer Kinder, Anastasia Iampolskaia berichtete, sich als abinär zu identifizieren. Das hatte zwar etwas mit dem Thema der Veranstaltung zu tun, über die politischen Visionen von Déi Lénk in puncto Transrechte erfuhr man von Iampolskaia allerdings herzlich wenig.

Unterschiedliche Grade an Frust

Offenbar ging Iampolskaias Einsilbigkeit auf die Ausrichtung des Events zurück. Sie*er habe nämlich nicht damit gerechnet, dass alle im Raum sich darüber einig seien, dass Handlungsbedarf bestehe und, „dass das Publikum schon so viel weiß“. Doch auch die Zusammensetzung des Panels widersprach offenbar ihren*seinen Erwartungen: Sie*er habe damit gerechnet, dass die Veranstaltung die Gelegenheit biete, rechten Politiker*innen Konter zu geben. In anderen Worten: Sie*er war nicht darauf vorbereitet, mehr als nur Grundlagenwissen vermitteln zu müssen.

Von den Panelist*innen hatte Sven Clement am meisten zum Thema zu sagen. Bezüglich Deadnaming in der formalen und non-formalen Bildung würden seiner Partei „sehr schnelle, sehr pragmatische Lösungen“ vor-schweben. Dafür bräuchte es keine Gesetze: „Ich glaube, dass ein Großteil



FOTO: TED EYAN/CREATIVE COMMONS

Forderungen gibt's viele, seit 2018 hat sich in Luxemburg in puncto trans Rechte allerdings nichts mehr getan.

dieser täglichen Probleme über ein Rundschreiben des [Bildungsministers] gelöst werden könnte, wenn er das denn wollte“, so Clement. Etwas komplizierter gestaltet sich der Pirateteil zufolge das Verbot von Konversionstherapien. „Sie werden nicht statistisch erhoben und was nicht erhoben wird, existiert nicht.“ Das gelte es zu ändern. Die Psychiatrisierung von trans Menschen sei in den Augen der Pirateteil inakzeptabel, so Clement. „Menschen, die es wirklich brauchen, bekommen keinen Platz, bekommen keine Kostenübernahme. Und Menschen, die es nicht brauchen, die schicken wir zum Arzt. Sorry, blöder geht's nicht.“ Damit spielte Clement auf die aktuell hohe Nachfrage an Psychotherapien gegenüber dem verhältnismäßig niedrigen Angebot an. Er, Clement, setze sich seit sechs Jahren bei der CNS dafür ein, die verpflichtende Therapie für trans Menschen abzuschaffen. Leider werde er stets darauf hingewiesen, dass die Sozialpartner das regeln müssten. „Als Oppositionsabgeordneter bin ich da echt ein bisschen frustriert.“

Weniger bestimmt trat in diesem Punkt Nathalie Morgenthaler (CSV) auf. Davon, verpflichtende Psychotherapien für trans Personen zu verbieten, sprach sie gar nicht, nur davon, sie „auf den Prüfstand zu stellen“. Zudem betonte sie, dass die entsprechende Terminologie überarbeitet werden müsse – es dürfe im Zusammenhang mit Transgeschlechtlichkeit zum Beispiel nicht mehr von „disphorie de genre“ gesprochen werden und The-

rapeut*innen besser für das Thema trans sensibilisiert werden müssten. In jedem Fall sei es wichtig, zwischen Erwachsenen und Kindern zu unterscheiden. Mit dieser Aussage sprach sie sich implizit für eine verpflichtende Psychotherapie für transgeschlechtliche Minderjährige aus. Während sie redete, vermittelte Morgenthaler durchweg den Eindruck, um den heißen Brei herum zu reden. Das einzige Konkrete, das sie sagte: Sowohl am Gesetzentwurf zur dritten Option bei Geschlechtsangaben als auch an der Einrichtung von Safe Spaces für LGBTIQA-Personen werde zurzeit gearbeitet.

Gekommen, um zuzuhören

Um den heißen Brei herum redete auch Joëlle Welfring. „Wir sind alle hier, um zu lernen, um zuzuhören. Ich habe keine lange Liste an Mitbringseln, an Rezepturen mitgebracht, dafür bin ich nicht hier. Ich will dazulernen, auch weil mich das Thema sehr interessiert. Es geht mir darum, gemeinsam Ideen zu entwickeln“, so ihr erster Input zur Diskussion. Die verstärkte Ausbildung und Weiterbildung des Lehrpersonals in puncto LGBTIQA habe im Wahlprogramm von Déi Gréng gestanden, aber es bringe nichts, zu betonen, wer was schon länger fordere. Worauf es ankomme, sei, dass das Lehrpersonal über „Fingerspitzengefühl und Menschlichkeit“ verfüge. Darauf folgte das noch allgemeinere Statement: „Es reicht nicht, Werte auf ein Poster zu schreiben

und aufzuhängen, man muss sie auch leben. Es reicht auch nicht hübsche Videos zu erstellen, wie das Mega es aktuell zum Beispiel macht. Man muss innerhalb der Schulen etwas ändern.“

Auch Claire Delcourt war eigenen Aussagen zufolge in erster Linie da, um zuzuhören. Sie wolle das Event nutzen, um sich ein Bild von den Problemen zu machen, mit denen Betroffene im Alltag konfrontiert seien. Ihre Antwort auf die Frage, was ihre Partei beziehungsweise sie als Abgeordnete zu unternehmen gedenke, war kurz und bündig: Man könne sich zusammen mit der Kommission für soziale Sicherheit, der Justizministerin Elisabeth Margue (CSV), der Ministerin für soziale Sicherheit Martine Deprez (CSV) und Verantwortlichen der Gesundheitskasse CNS, um zu besprechen, „warum das nicht so umgesetzt werde, wie es eigentlich sollte“.

Wer nur allgemein über das Thema rede, mache es sich leicht, meinte Sven Clement in seinem nächsten Redebeitrag. Bei der Diskussionsrunde gehe es eher darum, darzulegen, wie in der parlamentarischen Arbeit auf den bestehenden Handlungsbedarf reagiert werden könne. Daraufhin sagte er dann dennoch etwas sehr Allgemeines: „Wenn ein Mann sich so schwach in seiner Männlichkeit fühlt, dass er sich in seiner Männlichkeit durch eine trans Person verletzt oder bedroht fühlt, dann hat eher er ein Problem, als dass die trans Person eines hat.“ Leider säßen im Luxemburger Parlament auch Männer mit einer solchen „schwachen Männlichkeit“. Trotz dieser pro-

blematischen Aussage erntete Clement dafür Applaus. Iampolskaia war offenbar nicht die einzige im Raum mit dem Bedürfnis, gegenüber den Positionen der ADR Dampf abzulassen.

Clement fuhr damit fort, sich über die in den USA geführte Debatte rund um die Toilettennutzung von trans Personen auszulassen. „Honestly? Wenn du ein Problem damit hast, wer neben dir am Pissoir steht, bist wohl du der, der Männlichkeitsprobleme hat.“ Selbstreflektiert wie Clement ist, hatte er diese Strohmannargumente allerdings nur aufgeführt, um sie anschließend selber als solche zu verwerfen. Dann machte er einen konkreten Vorschlag: Ein Feld im „fichier élève“, das „nom usuel“ heiße. Clement zufolge käme eine solche Option nicht nur trans Personen zugute, sondern allen Schüler*innen, die lieber mit einem anderen Namen angesprochen würden. Als er dann auf den Geschlechtseintrag auf offiziellen Dokumenten zu sprechen kam, wurde er aber schon wieder unkonkret. Kurzfristig gelte es die dritte Option einzuführen, langfristig Geschlechtsangaben insgesamt abzuschaffen.

Was sind aber jetzt Schritte, die Abgeordnete bezüglich der im Mittelpunkt stehenden Thematik, einleiten können? Bei der Regierung nachhaken, wie es um den Fortschritt eines bestimmten Gesetzentwurfs stehe, war ein Vorschlag, den Joëlle Welfring einbrachte. Eine „heure d'actualité“ zum Thema sei in ihren Augen wenig zielführend, weil da keine richtige Debatte aufkomme. Sven Clement seiner-

seits erklärte, weshalb seine Fraktion keine „Interpellation“ zu dem Thema anfragen wolle: Damit biete man der ADR eine unnötige Plattform, um ihre transfeindlichen Positionen zum Besten zu geben. Worin sich Delcourt, Welfring und Clement einig waren, war, dass die zuständigen Kommissionen der richtige Ort für entsprechende Diskussionen seien.

Moderator und Berater

Erik Schneider wechselte im Laufe der Diskussion immer wieder von einer moderierenden in eine beratende Rolle. Er wies die Panelist*innen auf Fehler hin („Vorsicht, aber Gender und intersex haben nichts miteinander zu tun“) und forderte immer wieder, doch konkreter zu werden: „Für uns ist es wichtig, dass es über das – ich nenn's mal so – Gerede hinausgeht. Wir haben zu viel Betroffenheit kennengelernt, zu viele schöne Bilder und wenn's dann knallhart um die Umsetzung geht ...“.

Wenn die Panelist*innen sich mühselig mit der adäquaten Terminologie herumschlügen oder bezüglich nötiger Maßnahmen im Dunkeln tappten, verlor er zwar nie die Geduld – zumindest merkte man es ihm nicht an – immer wieder unterbrach er die Politiker*innen jedoch mit erklärenden Monologen. So etwa als es um das Thema Sensibilisierung ging: „Luxemburg sensibilisiert sich tot“, brachte er seine Meinung dazu auf den Punkt. Statt gesamtgesellschaftlicher Sensibilisierungskampagnen sei es der Erfahrung von ITGL nach wichtiger, Berufsgruppen, die mit den Themen inter und trans im Alltag konfrontiert sind, spezifisch zu sensibilisieren. Was an vielen Luxemburger Schulen und im therapeutischen Bereich zu beobachten sei, sei eine Diversitätsaversion. „Ich werde immer wieder gefragt, ist

jetzt nicht langsam mal genug?“ Und es wird ja auch ständig thematisiert, aber nicht an den Stellen, auf die es ankommt.“

In der zweiten Hälfte der Veranstaltung kam es irgendwann zu einer gänzlichen Umkehr bezüglich Moderation/Publikum und Panelist*innen. Manche Politiker*innen nutzten die Veranstaltung nämlich, um sich ohne viel Aufwand in die Problematik einzuarbeiten. Sie habe eine Frage an Lena, meinte Claire Delcourt irgend-



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

wann. Ob junge Lehrer*innen ihrer Erfahrung nach toleranter seien als ältere. Sie fragte sich, ob Weiterbildungen überhaupt etwas an der Einstellung transfeindlicher Lehrkräfte ändern könnten. „Müsste man da vielleicht irgendwie etwas Verpflichtendes in den Lehrplan einfügen, dass man da mehr machen könnte?“ Direkt am Anlass des Events vorbei und ohne dass deutlich wurde, wie dies in ihre parlamentarische Arbeit einfließen würde, nutzte sie die Gelegenheit, um

sich mit einer Betroffenen auszutauschen. Mit solchen Mitteln versuchten Panelist*innen wie Delcourt immer wieder davon abzulenken, dass sie sich nicht auf die Diskussionsrunde vorbereitet hatten.

Bei dem Beispiel, das Lena anfangs genannt hatte, war der tolerante Lehrer in der Tat jünger, die intoleranten waren dagegen älter. Auf die Frage, wer mit den Weiterbildungen zu Geschlechtervielfalt erreicht würde, konnte Erik Schneider mehr Auskunft geben. Früher hätten Lehrende die ITGL-Fortbildungen nur dann besucht, wenn sie davor bereits Berührungspunkte mit dem Thema gehabt hätten. Mittlerweile sei das anders, es kämen auch Lehrkräfte, die noch nichts über das Thema wüssten und auch kein spezifisches Interesse daran hätten. Unterschiede bezüglich Toleranz bemerke Schneider weniger entlang von Alterskategorien als in puncto Fachrichtung: Die Biolehrer*innen seien weitaus weniger offen für Geschlechtervielfalt als etwa Englischlehrer*innen. „Und wer sehr theoriefern ist – da sind dann alle Stereotype erfüllt – sind die Sportlehrer*innen“, so Schneider. Aus jenem Bereich hätten ITGL-Fortbildungen auch den größten Zulauf. „Die sind überfordert damit.“ Das habe, wie Schneider es beschrieb, unter anderem auch mit „strukturellen Einschränkungen“ zu tun. Manche Schulen hätten etwa Toiletten oder Umkleidekabinen eingerichtet, die mit „trans“ markiert seien. Wer diese geschlechtsneutralen Räume nutzen wolle, oute sich durch die Aufschrift anderen Schüler*innen gegenüber. „Durch die Nutzung entstand die Diskriminierung.“ Manche Schulen würden demnach etwas tun, doch leider ohne sich im Vorfeld zu informieren und der Schulgemeinschaft den Sinn hinter der Maßnahme zu erklären. „Was wir brauchen, ist Sensi-

bilisierung plus strukturelle Veränderung. Das eine ohne das andere bringt nichts.“

Theorie vs. Praxis

Mehr als Gerede war die Veranstaltung am Ende leider nicht. Dass eine tolerante Einstellung sich nicht unbedingt auf die Praxis auswirkt, wurde in einer Aussage von Sven Clement deutlich. Normalerweise nähmen ja vor allem Männer an solch politischen Rundtischgesprächen teil. Statt eines „Manels“ sei er froh, diesmal als Token-Mann an einem „Womanel“ teilnehmen zu können. Dass er nicht der einzige Panelist war, bei dem es sich nicht um eine Frau handelte, hatte er in dem Moment glatt vergessen.

Die DP trat im Rahmen der Diskussionsrunde in kein solches Fettöpfchen. Wie auch, war sie doch überhaupt nicht vertreten. Zwar hatte sich Barbara Agostino angemeldet, doch sie kam nicht und ein Ersatz war wohl nicht vorgesehen. Wie die DP der woxx auf Nachfrage erklärt, sei dies auf ein parteiinternes Missverständnis zurückzuführen. Dass es bei der liberalen Partei an Expertise im Bereich LGBTIQA-Politik fehlt, wundert kaum. Das Ministerium für Geschlechtergleichstellung und Diversität hat besagte Veranstaltungsreihe zwar kofinanziert, dass sich die zuständige Ministerin Yuriko Backes (DP) aber gut mit Transrechten auskennt – dafür gibt es bisher keine Anzeichen.